

Beschluss des Landesparteitages vom 26.10.2024 in Andernach

Aufarbeitung des Justizfalls Micha O. und Forderung nach gerichtlicher Verantwortung bei Straftaten auf deutschem Boden

Im Fall des 28-jährigen Micha O., der in Rheinland-Pfalz ermordet wurde, verurteilen wir das Vorgehen der deutschen Justiz zutiefst. Das Urteil lässt sich sehr wahrscheinlich nicht neu verhandeln. Umso mehr ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass solche Fälle nicht wieder passieren.

Nach Aussage des Vaters empfindet die Familie das Verfahren als „mentale Vergewaltigung“. Besonders besorgt uns, dass das Geständnis vor der deutschen Justiz und vor der amerikanischen Ermittlungsbehörde am US-Militärgericht in Spangdahlem (Rheinland-Pfalz) nicht anerkannt wurde, da es angeblich unter Druck zustande kam – eine Behauptung, die durch die Staatsanwaltschaft Trier widerlegt wurde. Wir sehen dies als Affront gegen die Angehörigen des Opfers und als schwerwiegendes Versagen in der Aufklärung eines Gewaltverbrechens.

Forderungen:

1. Die Linke Rheinland-Pfalz fordert die Landes- und Bundesregierung auf, diesen Fall umfassend aufzuarbeiten und die Ergebnisse öffentlich zu machen.
2. Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert, den geltenden Paragraphen des NATO-Truppenstatuts anzuwenden und dafür zu sorgen, dass Straftaten, die auf deutschem Boden verübt werden, auch vor deutschen Gerichten verhandelt werden.
3. Wir unterstützen das Vorhaben der Familie, sich an den Petitionsausschuss des Bundestages zu wenden und werden sie dabei begleiten.